

Integrationspolitik

Erfolge anerkennen, weiter verbessern

CDU und CSU haben in den zurückliegenden Jahren wichtige integrationspolitische Weichen richtig gestellt. Dies wurde in einer Bundestagsdebatte am Donnerstag über die Situation von Migranten in Deutschland deutlich. Während die Union mit realistischem Blick zwischen Licht und Schatten unterscheidet, redet das oppositionelle Linksbündnis auch die Erfolge schlecht.

Die christlich-liberale Koalition nimmt die Integration von in Deutschland lebenden Migranten ernst und trifft auf diesem Feld wichtige Entscheidungen für die Zukunft. Diese Woche erreichte der von Integrationsstaatsministerin Professor Maria Böhmer vorgelegte achte Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland das Parlament. Die Bundestagsdebatte über den Bericht zeigte die integrationspolitischen Erfolge der Union klar auf. Redner von CDU und CSU verwiesen etwa auf die drei Integrationsgipfel, die Frau Böhmer, deren Amt es unter Rot-Grün gar nicht gegeben hatte, im Bundeskanzleramt durchführte. Eine zweite wichtige Schritt war die Überarbeitung der Integrationskurse von 2007. Bisher haben rund 600.000 Personen einen solchen Kurs besucht. Das oppositionelle Linksbündnis von SPD, Grünen und Linken war sich nicht zu schade, diese offensichtlichen Erfolge zu leugnen. Die Sozialdemokraten blieben sogar hinter den von ihnen in der Großen Koalition mitgetragenen Beschlüssen zurück. Damit handelte die SPD nach dem bereits aus der Arbeitsmarkt- und der Außenpolitik bekannten Muster, sich bei jeder Gelegenheit aus der Verantwortung zu stehlen.

Darauf wies auch Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, in seiner kraftvollen Rede hin. An die Sozialdemokraten gerichtet rief er: „Leider sind Sie offensichtlich Opfer von temporärer Amnesie geworden. Anders lässt es sich nicht erklären,

dass Sie heute überhaupt kein gutes Haar an dem lassen, was wir in den vergangenen Jahren auch gemeinsam auf den Weg gebracht haben.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer Müller betonte außerdem die wichtige Errungenschaft der Union, verpflichtende Deutschkurse eingeführt zu haben. Jahrelang hatten rot-rot-grüne Multi-Kulti-Ideologen CDU und CSU für diese Forderung beschimpft und bekämpft. Doch das Festhalten der Union war schließlich erfolgreich: „Wir haben dafür gesorgt, dass Sprachkenntnisse schon vor der Einreise erworben werden müssen. Für uns war immer klar, dass das Beherrschen der deutschen Sprache die Grundlage für eine erfolgreiche Integration ist“, so Müller.

Müller wies auf die Erfolge hin, die der Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer verzeichnet. So erwerben heute mehr junge Migranten einen weiterführenden Schulabschluss oder absolvieren ein Hochschulstudium. Erst kürzlich hatte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration darauf hingewiesen, dass die Eingliederung in Deutschland besser gelingt, als weithin wahrgenommen wird. Trotz dieser Fortschritte, die die unionsgeführte Bundesregierung durch weise Entscheidungen ermöglicht hatte, gaben sich die Redner von CDU und CSU noch nicht zufrieden. Müller kündigte weitere Bemühungen zur Rückführung der Arbeitslosenquote von Migranten an; auch in den Bereichen Schule und Ausbildung will er sich für weitere Verbesserungen einsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Mehrheit der Menschen in Deutschland weiß, dass unser Wohlstand nur gesichert werden kann im internationalen Verbund und abhängiger Vernetztheit. Gleichzeitig wächst im grenzenlosen Meer der Globalisierung der Wunsch nach Individualität, regionaler und nationaler Identität.



Während einige Besserwisser Abgesänge anstimmen auf den Nationalstaat im 21. Jahrhundert, der sich überholt durch europäische Einigung, überlebt oder nutzlos gemacht habe, will eine wachsende Zahl von Menschen einen völlig neuen Patriotismus für unsere Heimat.

Patriotismus, der nicht in der Geringschätzung von anderen besteht, sondern in der Freude und dem Optimismus am eigenen Können, einschließlich der Verantwortung vor der eigenen Geschichte.

Das fröhliche, unbeschwerte Schwenken deutscher Flaggen zur Fußballweltmeisterschaft 2010 von vor allem jungen Menschen zeigt die Entwicklung augenscheinlich. Nichts Gestriges wird ausgegraben, sondern Neues entsteht. Für die Politik ergibt sich die Notwendigkeit, die Aufgaben der Nation im begonnenen 21. Jahrhundert seriös und mit intellektuellem Anspruch zu definieren. Ein Beispiel dafür:

Die Dimensionen der Zuwanderung erleben die Menschen in Ballungsräumen täglich hautnah, während manche in der Politik nichts begriffen haben. Die Umkehrung des Verhältnisses zwischen deutscher Mehrheit und zugewanderter Minderheit in vielen Stadtteilen von Großstädten stellt die Frage, wer wen integriert, völlig neu. Die Konsequenz: Glasklare Integrationsricht- und Leitlinien durchsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Forschung und Entwicklung

Erfolgsmodell Hightech-Strategie nochmals verbessert

Bereits die Einführung einer bundesweiten Hightech-Strategie durch die unionsgeführte Bundesregierung war 2006 ein großer Erfolg. Jedes dritte deutsche Unternehmen führt seine Innovationen auf die verbesserte Forschungs- und Innovationspolitik zurück. Die Schwerpunktsetzung der nun verabschiedeten Nachfolgestrategie gibt gezielte Wachstumsimpulse.

Die Bilanz ist eindeutig: Die von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte Tradition von Hightech-Strategien ist ein Erfolg. Allein zwischen 2005 und 2008 stiegen die unternehmerischen Investitionen in Forschung und Entwicklung in Deutschland um 19 Prozent. Die FuE-Intensität – der Anteil von Forschung und Entwicklung an der Wirtschaftsleistung – erreichte 2008 mit 2,7 Prozent den höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung. Dass die Union mit der Hightech-Strategie den richtigen Weg eingeschlagen hat, zeigt auch das positiv veränderte Innovationsklima: Rund 30 Prozent der Unternehmen führen ihre Innovationen auf eine verbesserte

Forschungs- und Innovationspolitik des Bundes zurück.



Die christlich-liberale Koalition entwickelt diesen erfolgreichen Ansatz mit der neuen Hightech-Strategie 2020 weiter. Forschung und Entwicklung werden somit weiterhin in eine Gesamtstrategie eingebettet; zugleich

setzen die Koalitionsfraktionen auch neue Akzente. Kernziele sind die Schaffung von Leitmärkten und die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Außerdem plant die christlich-liberale Koalition, die Rahmenbedingungen für Innovationen weiter zu verbessern. Dadurch soll Deutschland zum Vorreiter werden, wenn es um technische Lösungen für Herausforderungen in den Bereichen Weltklima und Energie geht. Im Mittelpunkt stehen außerdem die Gesundheits- und Ernährungsforschung sowie die Themen Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Diese Fokussierung ermöglicht wertvolle Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Diese Woche

Integrationspolitik	
Erfolge anerkennen, weiter verbessern	1
Forschung und Entwicklung	
Erfolgsmodell Hightech-Strategie nochmals verbessert	2
Extremismus-Bekämpfung	
Bekennnis zum Grundgesetz ist Pflicht	2
Verkehrspolitik	
Unwürdiges Schauspiel der Opposition	3
Energetische Gebäudesanierung	
Fortsetzung der Erfolgsgeschichte	4
Hartz-IV-Regelsätze	
Blamierte Opposition schweigt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Extremismus-Bekämpfung

Bekennnis zum Grundgesetz ist Pflicht

Familienministerin Dr. Kristina Schröder kämpft entschlossen gegen jeden politischen Extremismus. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag unterstützt die Bundesministerin in ihrem Anliegen, auch mit linken Gruppen kritischer umzugehen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat für das kommende Jahr eine Neuausrichtung der Förderung von Initiativen gegen Rechts-, Links- und islamistischen Extremismus angekündigt. Ausschlag dafür gab der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Anstieg politisch – insbesondere linksextremistisch – motivierter Gewalt. Diese Entwicklung belegt die Notwendigkeit, für Verständnis und einen toleranten Umgang mit anderen politischen Meinungen zu werben. Dabei handelt es sich um Voraussetzungen für die demokratische Gesellschaftsordnung.

In Zukunft wird die Vergabe von öffentlichen Fördergeldern an antiextremistische Organisationen daher an weitere Bedingungen geknüpft. Wer Steuergelder zur Bekämpfung des islamistischen, des Rechts-

oder des Linksextremismus nutzen möchte, muss künftig im Vorfeld ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablegen. Vor allem in Ostdeutschland erhielten kleinere Antifa-Gruppen staatliche Fördermittel, obwohl sie den Staat, der sie unterstützte, ablehnten. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hält ein solches Bekenntnis für eine Selbstverständlichkeit und unterstützt diesen Vorstoß der Bundesfamilienministerin ausdrücklich.

Die Einführung der Erklärung unterstreicht den staatlichen und moralischen Anspruch, sich gegen jede Art des politischen Extremismus einzusetzen. Einseitige Fokussierungen auf Einzelbereiche – also allein gegen den Rechtsextremismus – hat es aus Sicht der Christsozialen unter Rot-Grün bereits zu lange gegeben.

Verkehrspolitik

Unwürdiges Schauspiel der Opposition

Die aufwiegelnde Polemik von Rot und Grün gegen den Ausbau der Bahnstrecke Paris-Wien missachtet den Rechtsstaatsgedanken. Der Neubau des Stuttgarter Bahnhofs wurde unter Schröder und Trittin vorangetrieben und war auf allen politischen Ebenen mit Dreiviertelmehrheiten beschlossen worden. Aus reinem Opportunismus verleugnen nun auch Bundes-SPD und -Grüne ihre früheren Positionen.

Die Auseinandersetzung über die Modernisierung der transeuropäischen Bahnverbindung von Paris nach Wien hat den Deutschen Bundestag erreicht. Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hetzten Abgeordnete der Opposition in unverantwortlicher Weise gegen diese Infrastruktur-Investition. Volksvertreter aus den Reihen der christlich-liberalen Koalition verwiesen dagegen auf das ausführliche Genehmigungsverfahren. Das Bahn-Projekt, in dessen Planungen tausende Anregungen von Bürgern eingeflossen waren, hatte auf allen politischen Ebenen breite Mehrheiten erhalten.

Abgeordnete von Union und FDP machten den Gesamtzusammenhang des Infrastruktur-Projekts deutlich: 1992 hatten die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich in einem Staatsvertrag den Ausbau der transeuropäischen Bahnverbindung von Paris nach Wien beschlossen. In Frankreich wurde eine Hochgeschwindigkeitsstrecke fertiggestellt, Deutschland hat seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt. Während der Planungsphase stimmten alle zuständigen Parlamente in Deutschland mit mehr als 75 Prozent der Stimmen für das Projekt „Stuttgart 21“ – vom Gemeinderat Stuttgart über den Verband der Region Stuttgart bis zum Landtag und dem Deutschen Bundestag. Die rot-grüne Bundesregierung hatte das Parlament um seine Zustimmung gebeten, der SPD-Verkehrsminister Tiefensee den Finanzierungsvertrag mitunterzeichnet.

In der Parlamentsdebatte vom Mittwoch wurde deutlich, wie ungläubwürdig die neuen Positionen von SPD und Grünen zu „Stuttgart 21“ sind. Die Sozialdemokraten sind sich nicht zu schade, ihre eindeutige Mitverantwortung für das Projekt zu leugnen. Dass diese offensichtliche Verschleierungstaktik genau den gegenteiligen Effekt erzielt, scheint die

SPD zu übersehen: Bestes Beispiel ist der Rücktritt des SPD-Landtagsabge-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel stellt sich hinter ‚Stuttgart 21‘

ordneten Drexler von seinem Amt als Sprecher des Projekts „Stuttgart 21“. Dieser Schritt machte viele Bürger erst darauf aufmerksam, dass ein Sozialdemokrat – im Einvernehmen mit seiner gesamten Fraktion – über Jahre Frontmann für das Zukunftsprojekt war. Dass Ulms SPD-Bürgermeister weiter für das Projekt kämpft, das die Fahrzeit in die Landeshauptstadt hal-

biert – die Fahrzeit von Stuttgart zum Flughafen würde sogar von 27 auf acht Minuten zurückgehen –, ist den Genossen besonders peinlich. Noch ungläubwürdiger die Grünen: Während sie sonst keine Gelegenheit auslassen, eine Trendwende von der Straße auf die Schiene zu fordern, behindern sie im Fall der transeuropäischen Bahn-Verbindung eine große Chance für den Zugverkehr.

Die Zahl der Deutschen, die das doppelte Spiel von SPD und Grünen durchschauen, steigt. Umso dankbarer wird die klare Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in dieser Sache aufgenommen. Die Kanzlerin hatte im September die Notwendigkeit des Projekts ausdrücklich unterstrichen und klargestellt: „Bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen braucht man keine nachträgliche Bürgerbefragung.“

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Unwürdig

Den Tag der Deutschen Einheit nutzten linke Chaoten zu einem unwürdigen Schauspiel: Am Rande der offiziellen Gedenkfeier in Bremen demonstrierten die Extremisten unter dem Motto „Kein Tag für die Nation“ und skandierten „Nie wieder Deutschland“ und „es wächst zusammen, was zerstört gehört.“. So weit ging die Linkspartei nicht. Sie verkündete lediglich, die Einheit sei nicht gelungen. Die Bundesregierung habe aus Ostdeutschland „Hartz-IV-Land“ gemacht. Von der wiedergewonnenen Freiheit selbstverständlich keine Rede, vom niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit fast 20 Jahren natürlich auch nicht. Kurz nach dem Tag der Deutschen Einheit dann die Krönung: Ein Bundestags-Antrag „für eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba“.

Unglaublich

Mit offenem Visier wird in Berlin an einem Linksbündnis gearbeitet. SPD, Grüne und Linke sollen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten, so der Wunsch des Ex-SED-Mitglieds Gysi. Daher gab der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken ein Strategiepapier in Auftrag, das Möglichkeiten der Kooperation auslotet. Die Chefplaner der Linkspartei waren mit diesem Projekt beschäftigt. Gleichzeitig gesteht sich die Partei in dem Strategiepapier ein, dass ihr Weg der Fundamentalopposition zu nichts führt: „Gefragt sind eigene zukunftsweisende Vorschläge“, heißt es darin – die Linke scheint zu wissen, dass man ihr so etwas nicht zutraut. Nun will die Linkspartei den Sozialdemokraten und den Grünen „offensive Angebote zur Zusammenarbeit im Parlament“ unterbreiten.

Energetische Gebäudesanierung

Fortsetzung der Erfolgsgeschichte

Bundesregierung und Immobilienbesitzer teilen ein Interesse: Die Senkung des Energiebedarfs der Häuser und Wohnungen in Deutschland. Das schont nicht nur das Klima, sondern auch den Geldbeutel. Den Weg zu diesem Ziel unterstützt der Staat mit entsprechenden Förderprogrammen. Im Rahmen des Energiekonzepts der Bundesregierung werden nun 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Auf Initiative von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer wurden in den abschließenden Verhandlungen über das Energiekonzept der Bundesregierung einige wichtige Änderungen vorgenommen. Vor allem setzte sich der Bundesbauminister und vormalige Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag erfolgreich dafür ein, Immobilienbesitzer nicht über Gebühr zu belasten. Die christlich-liberale Koalition setzt bei der energetischen Gebäudesanierung auf Freiwilligkeit. Einen Zwang zur Sanierung wird es nicht geben; vielmehr gilt das Wirtschaftlichkeitsgebot.

Die Erfolgsgeschichte der energetischen Gebäudesanierung wird damit fortgeschrieben. Seit 2006 konnten mit der Förderung über zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse bereits

über 2,3 Millionen Wohnungen saniert oder besonders energieeffizient errichtet werden. Die Effizienz



des Programms wurde dabei stetig weiterentwickelt, so dass inzwischen auf jeden Euro Fördermittel weitere zwölf Euro private Mittel entfallen. Insgesamt wurden mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm seit

2006 private Investitionen in Höhe von mehr als 70 Milliarden Euro angestoßen. Damit werden jährlich rund 290.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen.

Zusätzlich zu den bisher für 2011 vorgesehenen Fördergeldern in Höhe von 436 Millionen Euro werden nun weitere 500 Millionen Euro bereitgestellt. Damit können auch hoch-effiziente Einzelmaßnahmen wie der Ersatz von Heizungen und Fenstern bezuschusst werden. Ramsauer ist die Freiwilligkeit solcher Schritte wichtig: „Wir werden mit maßvollen Vorgaben dafür sorgen, dass die Mieter nicht überfordert werden.“ Vielmehr setzt der Bundesminister auf die Einsicht der Eigentümer: Bereits mittelfristig lohnen sich Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden für alle Beteiligten.

Hartz-IV-Regelsätze

Blamierte Opposition schweigt

Gespielte Bestürzung war die verabredete Reaktion des Linksbündnisses auf die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. Doch auch nach der ersten Welle medialer Empörung über die faire Neuberechnung des Arbeitslosengeldes II hört man von SPD, Grünen und Linken nichts Substanzielles. Das liegt daran, dass die Opposition über keine vernünftigen Gegenargumente verfügt.

Mit lautem Geschrei reagierte die Opposition in der vergangenen Woche auf den Beschluss der Präsidien von CDU und CSU, die Hartz-IV-Regelsätze um fünf Euro zu erhöhen.

Mit dieser vorhersehbaren Reaktion wollte das Linksbündnis von der rot-grünen Verantwortung für den Arbeitslosengeld-Schlamassel ablenken: Immerhin war es die Regierung Schröder, die die Regelsätze willkürlich festgelegt und damit die im Frühjahr ausgesprochene Rüge des Bundesverfassungsgerichts provoziert hatte. Damals hatten die Karlsruher Richter die Regierung beauftragt, die Regelsätze auf Grundlage des Konsumbedarfs der Erwerbslosen festzulegen. Dieser Verpflichtung ist

die christlich-liberale Koalition nun nachgekommen. Auf Grundlage der Berechnungen des Statistischen Bundesamts kommt es zu einer geringen Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. Die Sätze für Kinder hätten nach der Analyse der Statistiker sogar gesenkt werden müssen – da der unionsgeführten Regierung Familien aber besonders wichtig sind, setzt sie hier auf Bestandsschutz. Für eine weitere Erhöhung der Hartz-IV-Sätze besteht allerdings alleine rechtlich kein Spielraum. Dies müssen inzwischen auch SPD, Grüne und Linke erkannt haben, die in dieser Angelegenheit verdächtig schweigsam geworden sind. Für die Opposition kommt erschwerend hinzu, dass auch die SPD-Sozialminister Müntefering und Scholz in

den letzten Jahren keine höheren Beitragsanpassungen vorgenommen haben. Unter ihnen stiegen die Regelsätze 2007 bis 2009 sogar nur um durchschnittlich um 4,66 Euro.

Mit der nun gefundenen Regelung erfüllt die christlich-liberale Koalition nicht nur die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts. Vielmehr achtet die Regierung auch das Lohnabstandsgebot, das Karlsruhe ebenfalls vorgegeben hatte. Das gibt Leistungsanreize für Arbeitnehmer, motiviert aber auch Erwerbslose. Angesichts der guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die stärkere Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit als nächstes Ziel ausgegeben.